

## **Niederschrift** **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 26.09.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:42 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	im großen Sitzungssaal des Rathauses

---

### **Anwesend sind:**

#### **Als Vorsitzender:**

Redelberger, Thomas, Bürgermeister

#### **Ratsmitglieder:**

Barth, Tobias	SPD	
Bauer, Hartmut	CDU	
Bernauer, Mark	CDU	
Blanckenhorn, Dirk	GLN Klimabunt	
Flöhl, Rüdiger	GLN	ab 19:07 Uhr / TOP 2
Franke, Jörg	AfD	
Hartmann, Carsten	SPD	
Hill, Hans-Kurt	GLN Klimabunt	
Kaninke, Werner	AfD	
Kiel, Johannes	CDU	
Kopp, Pascal	FDP	
Krebs, Ulrich	FDP	
Lafontaine, Hans Gerhard	GBH	
Lesch, Bruno	CDU	
Maas, Helmut	CDU	
Mailänder, Herbert	SPD	
Meisberger, Patrik	CDU	
Michaelis, Friedrich	CDU	
Näckel, Kilian	CDU	
Neuhardt, Jörg	SPD	
PAUL, Simone	SPD	
Reimann, Peter, Dr.	SPD	
Roos, Denis	SPD	
Ruloff, Harry	GBH	
Saar, Horst	GLN Klimabunt	
Schmidt, Manfred	CDU	
Schmidt, Stefan	SPD	
Schwindling, Jörg	CDU	
Trappmann, Claudia	SPD	
Wachall, Richard	CDU	
Zimmer, Reiner	SPD	

#### **Von der Verwaltung:**



**Beschluss mit 12 Ja-Stimmen (10 SPD, 2 FDP) und 18 Nein-Stimmen (11 CDU, 3 GLN, 2 GBH, 2 AfD)**

Der SPD-Antrag „Öffentliche Ausschreibung der Stelle des Geschäftsführers der Gemeindewerke Heusweiler“ BV/0103/19 wird in den öffentlichen Teil der Tagesordnung verschoben.

**Damit ist der Antrag abgelehnt.**

Herr Stefan Schmidt teilt zur Geschäftsordnung mit, dass es laut KSVG ein Antrag sei, der von vornherein im öffentlichen Teil zu beraten sei. Der Vorsitzende erwidert, Herr der Tagesordnung zu sein und lässt sodann über die Tagesordnung insgesamt abstimmen:

**Beschluss mit 18 Ja-Stimmen (11 CDU, 3 GLN, 2 GBH, 2 AfD) 10 Nein-Stimmen (10 SPD) und 2 Enthaltungen (2 FDP):**

Der Gemeinderat beschließt die nachfolgend aufgeführte Tagesordnung:

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 22.08.2019 (öffentlicher Teil)
- 2 Aktuelle Situation und weiteres Vorgehen hinsichtlich der geplanten Abwicklung des Laminat Parkes Eiweiler - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion  
Vorlage: BV/0101/19
- 3 Senkung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in der Gemeinde Heusweiler - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion  
Vorlage: BV/0089/19
- 4 Mitteilungen und Verschiedenes

**Nichtöffentlicher Teil**

- 5 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 22.08.2019 (nichtöffentlicher Teil)
- 6 Grundsatzbeschluss über die Umsetzung einer Nahwärmelösung im „Wohngebiet am ehemaligen Schwimmbad“  
Vorlage: BV/0116/19
- 7 Grundstücksangelegenheiten
  - 7.1 Ehemaliges Schwimmbadgelände - Veräußerung Parkplatzfläche  
Vorlage: BV/0087/19
- 8 Vergabe von Lieferungen und Leistungen
  - 8.1 Beschaffung eines Kettenbaggers und eines Tiefladers für den Baubetriebshof

- Vorlage: BV/0080/19
- 8.2 Vergabe der Elektroinstallationsarbeiten zum Umbau der St. Barbarahalle mit Anbau eines Feuerwehrgerätehauses  
Vorlage: BV/0081/19
- 8.3 Vergabe der Heizungs- und Sanitärarbeiten zum Umbau der St. Barbarahalle mit Anbau eines Feuerwehrgerätehauses  
Vorlage: BV/0082/19
- 8.4 Vergabe von Lüftungsarbeiten zum Umbau der St. Barbarahalle mit Anbau eines Feuerwehrgerätehauses  
Vorlage: BV/0083/19
- 8.5 Asphaltarbeiten an Gemeindestraßen  
Vorlage: BV/0086/19
- 8.6 Finanzierung notwendiger Mehrkosten im Zusammenhang mit dem Umbau und der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Holz  
Vorlage: BV/0099/19
- 9 Ermächtigung des Bürgermeisters zur Auftragsvergabe der Stromlieferung für die Straßenbeleuchtung und für die Liegenschaften der Gemeinde Heusweiler  
Vorlage: BV/0078/19
- 10 Änderung der Geschäftsordnung  
Vorlage: BV/0095/19
- 11 Personalangelegenheiten
- 12 Mitteilungen und Verschiedenes

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

- zu 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 22.08.2019 (öffentlicher Teil)**

#### **Einstimmiger Beschluss:**

„Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 22.08.2019 (öffentlicher Teil) wird in der vorliegenden Fassung angenommen.“

- zu 2 Aktuelle Situation und weiteres Vorgehen hinsichtlich der geplanten Abwicklung des Laminat Parkes Eiweiler - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion  
Vorlage: BV/0101/19**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Patrick Biehler von der Geschäftsführung des LaminateParks sowie Herrn Joachim Thoma und Herrn Alois Blasen vom Betriebsrat.

Er erteilt dem Antragsteller das Wort. Herr Zimmer begrüßt die Gäste ebenfalls und bedankt sich bei ihnen, dass sie heute Rede und Antwort stehen, was nicht selbstverständlich sei. Über die Presse seien verschiedene Informationen an die Öffentlichkeit gelangt. Man sei nicht glücklich, dass ein Unternehmen mit fast 100jähriger Tradition und vielen Arbeitsplätzen nun abgewickelt werde und möchte wissen, wie die Geschäftsführung in Bezug auf Gebäude und Gelände weiter vorgehe. Dem Gemeinderat sei sehr daran gelegen, dass die Fläche nicht brach liegen werde, dass man sie zumindest alternativ entwickeln könne, um neues Gewerbe und Arbeitsplätze zu schaffen. Herr Zimmer bittet um Stellungnahme dazu, dass es Interessenten gegeben habe, die das Werk zumindest in Teilen hätten weiterführen wollen.

Herr Biehler begrüßt die Anwesenden und führt aus, dass man sich mit dem Betriebsrat am 10.09.2019 auf einen Interessenausgleich und Sozialplan geeinigt habe. Die Produktion werde bis Ende 2019, die Bereiche IT und Finanzwesen wenige Monate später eingestellt. Für die vom Abbau betroffenen Mitarbeiter werde eine Transferagentur eingerichtet, die Anfang Oktober starte und bis April 2020 tätig sein soll. Er verstehe die Unzufriedenheit, sei aber über die erzielte Einigung froh. Die Geschäftsführung bedauere, diesen schweren Einschnitt machen zu müssen. Man habe sich aus wirtschaftlicher Lage für die Schließung entschieden, weil man dem Wettbewerb und Preisdruck nicht mehr habe standhalten können. Im Bereich MDF-Platten gebe es in Deutschland und Europa Überkapazitäten, so dass der Preisdruck immer weiter bestehen werde. Im Bereich Laminatböden sei die Kapazitätsauslastung in den letzten Jahren um insgesamt 20% zurückgegangen. Diese Auslastung erlaube es nicht wirtschaftlich zu produzieren, da auch bei Laminatböden in Europa und besonders in Deutschland eine Überkapazität vorliege, die den Preisdruck weiter vorantreibe. Dazu hätte das Werk aus gesetzlichen und ökologischen Gründen Investitionen von 17 Mio. Euro tätigen müssen, um den Standort auf den ab November 2019 geforderten Stand zu bringen. Diese Investition sei nicht zu stemmen gewesen. Der Standort habe zudem über Jahrzehnte rote Zahlen geschrieben. Es seien mehrere Lösungen gesucht worden, z.B. den Standort an fremde Firmen zu verkaufen. Man habe auch versucht, zusätzliche Kapazitätsauslastung zu schaffen, was aber nicht gelungen sei. Bis Februar 2019 habe die Geschäftsleitung versucht, den Standort mit gleicher Produktpalette zu verkaufen. Es habe Projektangebote von Firmen gegeben, die aber aus verschiedenen Gründen nicht zum Abschluss geführt hätten.

Zur Frage, was mit dem Standort nun passiere, erklärt Herr Biehler, dass man sich zunächst darauf konzentriert habe, den Sozialplan abzuwickeln. Ab Oktober werde man sich nun verstärkt um den Standort kümmern. Er appelliert an die Politik; ein Verkauf hänge auch mit dem Bebauungsplan zusammen. Gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung müsse man klären, welches Gewerbe den Standort übernehmen könnte. Das liege nicht in der Entscheidungsgewalt des Unternehmens.

Zu den Zahlen teilt Herr Biehler mit, dass das Werk 230 Mitarbeiter verzeichnet

habe. Nachdem zwischenzeitlich einige Mitarbeiter selbst gekündigt hätten, würden 165 Mitarbeiter verbleiben, von denen 151 gekündigt würden. Die ersten Kündigungen seien heute überbracht worden.

Herr Hill bedankt sich bei Herrn Biehler für seinen Bericht und möchte wissen, inwiefern an den Aussagen etwas dran sei, dass die Produktion von Laminat sukzessive ins Ausland verlagert worden sei, so dass der Standort in Heusweiler geschwächt worden sei.

Herr Biehler antwortet, dass die Produktionsmittel nicht konzernintern verlagert würden. Es gebe auch keine Verlagerung von Europa nach Russland, wo es einen weiteren Standort der Mutterfirma gebe. Die Transport- und Zollkosten würden es unmöglich machen, von Russland nach Deutschland und umgekehrt zu liefern.

Herr Zimmer meint, man müsse nicht immer alles glauben. Man habe nun eine Situation, warum ein Unternehmen aus ökologischen und klimatechnischen Gründen nicht mehr investiere und eventuell die Produktion im Ausland durchführe. Auch die Bevölkerung müsse sich im Klaren werden, wie man mit so etwas umgehe. Die SPD-Fraktion fordere die Geschäftsführung auf, dringend und schnellstmöglich mit dem Wirtschaftsministerium und der Gemeinde Heusweiler in Verhandlungen zu treten. An der Saar habe man Kultur- und Industrieerbe. Gerade die Gemeinde Heusweiler suche seit Jahren Gewerbeflächen. Er möchte keine Werksruine mit Zaun und Pförtner haben und fordert deutlich, schnellstens wieder Arbeitsplätze anzusiedeln. Es seien nicht nur die Mitarbeiter des Unternehmens betroffen, sondern auch viele Nebenbetriebe.

Da keine weiteren Fragen an Herrn Biehler gestellt werden, erteilt der Vorsitzende den Vertretern des Betriebsrates das Wort.

Herr Thoma erklärt, dass der Betriebsrat die genannten wirtschaftlichen Gründe seit Anbeginn bestreite. Man sehe die Gründe in einem der Shareholder, nämlich Tarkett, der nicht genügend Laminat verkauft habe. Wenn man eine Fabrik hinstelle mit Maschinen, die 20 Mio. m<sup>2</sup> im Jahr produzieren könnten, aber nur 4,5 Mio. m<sup>2</sup> produziert hätten, müsse man sich nicht wundern. Für die Maschinen werde unabhängig von der Auslastung ein Grundpersonal benötigt. Die Auslastung im MDF-Bereich sei über die letzten Jahre sehr gut und die Preise auskömmlich gewesen, weil auch die Nachfrage vorhanden gewesen sei. Die unternehmerische Entscheidung, das Werk zu schließen, sei bitter, aber man müsse damit leben. Mit einem Nischenprodukt würde der Standort seiner Ansicht nach noch funktionieren. In Russland gebe es ein Schwesterwerk, das aber nicht alle Produkte produzieren könne. Es gebe mittlerweile einen anderen Wettbewerber in Deutschland, um für Tarkett Laminat zu produzieren, obwohl von dort zugesagt worden sei, sich aus dem Verkauf zurückzuziehen, weil es unrentabel sei. Das Problem seien die beiden Joint Venture, zwei große Firmen mit je 50%. Wenn eine davon nicht in die Gänge komme und die andere nichts dagegen tun könne, gehe es leider irgendwann schief. So sei es dem LaminatPark ergangen. Bezüglich der Investoren für das Gelände und die Firma habe es wohl unterschiedliche Aussagen gegeben, so Herr Thoma. Fakt sei aber nun die Schließung des Unternehmens. Man habe sich nach hartem und zähem Ringen auf einen Sozialplan und Interessenausgleich geeinigt und den beiden großen Shareholdern eine Patronatserklärung abringen können, d.h. man sei auch bei einer eventuellen Insolvenz abgesichert. Jetzt müsse man sehen, was mit dem Gelände

und dem Werk geschehe. Die Hürden seien noch sehr hoch. Man könne bei einer solchen Fabrik nicht am Jahresende das Licht ausschalten, den Strom abstellen und absperren. Die Stilllegung müsse angemeldet und eine Reihe von Schritten wie Brandsicherheit, Geländesicherheit etc. befolgt werden. Dem Betriebsrat sei nichts bekannt, dass hier schon etwas unternommen worden sei oder noch werde.

Herr Blasen ergänzt, die Entscheidung sei 2015 gefallen, als eine Auflage vom LUA gemacht worden sei, bis 2019 eine Filteranlage zu installieren. Diese sei immer wieder versprochen und gesagt worden, dass investiert werde und die Arbeitsplätze sicher seien. Nun habe das Unternehmen entschieden, nicht zu investieren. Er selbst sei seit fast 40 Jahren beim LaminatPark beschäftigt; es tue sehr weh.

Herr Stefan Schmidt bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion bei den Vertretern des Betriebsrates für ihren Kampf und dafür, dass der Betriebsrat über das vergangene Jahr hinweg an der Seite der ArbeitnehmerInnen gestanden habe. Die Solidarität der SPD gelte auch weiterhin.

Herr Hill erklärt, selbst Bürger von Eiweiler zu sein. Er fragt Herrn Biehler, wie nach der Abwicklung das Gelände gesichert werde. Weiter bittet er ihn, die Aufforderung der SPD wahrzunehmen, gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und der Gemeinde Heusweiler bezüglich der Nutzung des Geländes ins Gespräch zu gehen. Es würden Fakten benötigt, inwiefern das Gelände entwickelt werden könne. Eine Werksruine wolle man auf keinen Fall. Die Vermutung von Herrn Hill, dass man Herrn Biehler als Geschäftsführer eingesetzt habe, um den LaminatPark abzuwickeln, verneint Herr Biehler.

Herr Hill bittet weiter um Stellungnahme zur Aussage des Betriebsrates, dass die nun wegfallende Produktion an anderer Stelle umgesetzt würde. Herr Biehler antwortet, dass der LaminatPark keine Produktion verlagere, die Anlagen würden verkauft. Zur Fläche meint Herr Biehler, sei es nicht im Interesse der Firma, das Gelände unendlich lange brachliegen zu lassen. Was daraus werde, müsse gemeinsam besprochen werden. Wenn es keinen Bebauungsplan gebe, werde man alles zurückbauen müssen.

Herr Thoma bezieht sich auf seine vorherige Aussage, die ggf. falsch verstanden worden sei oder er sich falsch ausgedrückt habe. Die Produktion von Laminat sei nicht verlagert, sondern eingestellt worden, aber Tarkett lasse mittlerweile bei einem Wettbewerber in Deutschland wieder produzieren.

Der Vorsitzende hakt bei Herrn Biehler nach und fragt, wie lange sein Vertrag als Geschäftsführer laufe. Sollte der Vertrag nur bis zur Schließung Ende des Jahres laufen, müsse die Verwaltung wissen, wer als Ansprechpartner weiter zuständig sei, um die Frage der Nachfolge des Geländes zu klären. Bis Ende des Jahres werde man mutmaßlich keine Lösung gefunden haben.

Herr Biehler antwortet, er sei nicht der einzige Geschäftsführer, Herr Dr. Körner sei unbefristet als Geschäftsführer in Deutschland tätig. Seitens der Mutterfirma würden zusätzliche Personen eingeschaltet, um den LaminatPark abzuwickeln. Auch wenn kein Personal mehr vor Ort sei, gebe es noch Herrn Dr. Körner und die weiteren Mitarbeiter des Mutterkonzerns.

Herr Wachall zeigt sich als Ortsvorsteher von Eiweiler sehr betroffen von dem Gesagten. Er sei an einem Punkt angekommen, an dem er Herrn Zimmer Recht gebe. Man könne den Äußerungen und Begründungen der Geschäftsleitung nicht mehr glauben. Logischer erscheinen ihm die Äußerungen von Herrn Thoma. Unternehmerisches Interesse und Profit hätten mehr im Vordergrund gestanden, als das Schicksal der Mitarbeiter. Es sei sehr schlimm, unverschuldet seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Auch der Ortsrat Eiweiler stehe voll auf der Seite der Mitarbeiter.

Zum Antrag der SPD fragt Herr Wachall, warum man dies nicht schon früher getan habe und nicht schon früher aufeinander zugegangen sei. Es betreffe alle gemeinsam. Dies sei keine Sache einer Fraktion. Es wäre schön gewesen, wenn man früher gemeinsam daran gearbeitet hätte, um die Schließung zu verhindern.

Herr Zimmer erwidert, auch außerhalb der SPD hätten viele Kollegen und Kolleginnen aus dem Rat mit daran gearbeitet und versucht, die Schließung abzuwenden. Auch im Hintergrund sei vieles gelaufen. Ihm blute das Herz, dass man nicht mehr für die MitarbeiterInnen habe erreichen können. In dem Verfahren habe man feststellen können, dass das Unternehmen kein Interesse an einer Fortführung des Betriebes habe. An Herrn Wachall gerichtet meint Herr Zimmer, die SPD sei nicht zuständig, die Arbeit für die CDU zu erledigen. Auch die CDU hätte einen Antrag einbringen können.

Herr Zimmer möchte wissen, wie viele Mitarbeiter in den vorgezogenen Ruhestand gehen könnten und ob die Geschäftsleitung darüber nachdenke, die Mitarbeiter aus der Transferagentur für den Rückbau, sollte es dazu kommen, einzusetzen und eine gewisse Zeit wieder zu beschäftigen. Hier könne das Unternehmen soziale Verantwortung zeigen; gerade gegenüber älteren Mitarbeitern, die es auf dem Arbeitsmarkt schwierig haben werden.

Herr Biehler erklärt, es werde für 7 Personen eine Rentenbrücke geben, die begrenzt sein wird bis 31.12.2020. Die Anzahl der Bewerber sei überschritten worden, weshalb man eine Sozialauswahl treffen müsse. Zur zweiten Frage erklärt Herr Biehler, dass dies nicht geplant sei. Es sei zeitlich nicht klar, wann und wie die Abwicklung statfinde. Zudem könne nicht jeder Mitarbeiter jede Aufgabe des Rückbaus erledigen. Für den Abbau gebe es spezielle Firmen mit entsprechenden Geräten und geschultem Personal.

Herr Thoma führt aus, dass der Betriebsrat vorgeschlagen habe, die Mitarbeiter, die nur noch eine gewisse Arbeitszeit überbrücken müssten, z.B. den Pfortnerdienst verrichten zu lassen. Dieser Vorschlag habe die Geschäftsleitung aber abgelehnt. Nach sehr zähen Verhandlungen habe man der Geschäftsleitung schließlich 7 Personen für eine Rentenbrücke abringen können, nicht mehr. Warum wisse man nicht. Diese 7 Personen würden sich selbst finanzieren. Bis April 2020 seien alle Mitarbeiter über die Transferagentur noch in der Firma angestellt, würden aber für Maßnahmen zur Vermittlung freigestellt. Danach folge die Arbeitslosigkeit. Der Betriebsrat ist der Ansicht, dass man mit eigenen Mitarbeitern, die die Anlage sehr gut kennen würden, zumindest einen Teil des Rückbaus durchführen könne. Den Abbau mit Fremdfirmen sehe der Betriebsrat problematisch.

Auf die Frage von Herrn Zimmer, wie Weiterbildungsmaßnahmen aussehen könnten und wer diese finanziere, antwortet Herr Biehler, dass es in der Transferagentur zunächst ein Profiling gebe. Danach würden den Mitarbeitern Beratungstage zur Verfügung gestellt. Die ersten Termine werde es ab 07.10. geben und würden jeweils ca. 2 Stunden umfassen. Weiter würden Ausbildungsmöglichkeiten gefördert und bezahlt.

Herr Thoma ergänzt, dass vom Unternehmen Profilingkosten von 400 € pro Mitarbeiter übernommen würden sowie Schulungskosten in Höhe von 4.600 € pro Mitarbeiter für von der Arbeitsagentur geförderten Lehrgänge. Für einen Mitarbeiter, der keine Schulung benötige, werde die Firma auch nichts bezahlen. Für geförderte Lehrgänge könne die Firma wiederum eine Erstattung von 50% erhalten.

Herr F. Michaelis meldet sich betroffen zu Wort. Er habe 20 Jahre für Agepan gearbeitet und er kenne das Unternehmen aus früheren Zeiten. Er findet es gut, dass der Sozialplan ausgehandelt worden sei. Aber nur am Rande seien die Nebenbetriebe erwähnt worden, die von der Schließung des LaminatParks betroffen seien. Er stellt die Frage in den Raum, ob man sich überhaupt im Klaren sei, wie es einem Kleinunternehmer ergehe, dessen Hauptauftraggeber wegfalle. Diese müssten nun auch schließen. Aber darüber rede kaum jemand; auch dort werde Hilfe benötigt.

Weil ein großer Frischwasserbezug wegfalle, möchte Herr Stefan Schmidt von Herrn Karges wissen, welche Auswirkungen dies auf die GWH habe und ob sie dadurch in Schieflage gerate. Weiter möchte er von der Verwaltung und Geschäftsführung in Bezug auf die Umweltfolgen wissen, was mit dem konterminierten Erdreich passiere und inwiefern die Geschäftsführung dafür Sorge trage, dass es umweltgerecht entsorgt werde. Was könne die Gemeinde tun, damit die Umweltstandards eingehalten würden.

Herr Krebs stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Frage bzgl. des Frischwasserbezuges später unter Mitteilungen und Verschiedenes zu beantworten. Dieser Aspekt sei durch den SPD-Antrag nicht gedeckt.

Herr Biehler erklärt zum kontaminierten Erdreich, dass das Unternehmen immer verantwortlich für den Standort war und bis zum Ende sei. Es gebe keinen Grund zu Bedenken. Der Standort würde den ökologischen Auflagen entsprechen.

Zur Frage an die Verwaltung erklärt der Vorsitzende, sei man verpflichtet, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten - es handele sich um ein Privatgrundstück - zu prüfen, dass, sollte es zu einem solchen Fall kommen, alles ordentlich geregelt werde.

Auf die Frage von Herrn Lafontaine nach dem Zeitfenster antwortet Herr Biehler, dass er nicht genau sagen könne, wie lange man für die Umsetzung benötigen werde, es könne u.U. Jahre dauern. Das Unternehmen habe selbst Interesse, dass die Abwicklung schnell abgeschlossen und ein Käufer gefunden werde.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Biehler, Herrn Thoma und Herrn Blasen

für ihr Kommen und verabschiedet diese.

Herr Stefan Schmidt beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird vom 19:30 Uhr bis 19:39 Uhr unterbrochen.

**zu 3      Senkung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in der Gemeinde Heusweiler - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion  
Vorlage: BV/0089/19**

Der Vorsitzende erteilt dem Antragsteller das Wort.

Herr Stefan Schmidt erklärt, die große Koalition im Saarland habe unter maßgeblichem Druck der SPD-Landtagsfraktion beschlossen, zum 01.08. unter dem Schlagwort des Saarlandpaktes die Kinderbetreuungskosten von 25% um 4% auf 21% zu senken. Es sei zwingend eine neue Gebührensatzung zu erstellen. Die SPD bittet, dies schnellstmöglich umzusetzen, rückwirkend zum 01.08., damit den Eltern die zu viel gezahlten Beiträge erstattet würden.

Analog zu den Ausführungen im Personal- und Finanzausschuss (PFA) stellt Herr Stefan Schmidt einen Abänderungsantrag dahin, dass die Senkung vom Status Quo aus erfolgen solle.

Der Vorsitzende bezieht sich auf die PFA-Sitzung und seine dortigen Ausführungen und stellt klar, dass immer Kindergartenbeiträge beschlossen worden seien, nie Prozentzahlen. Eine Berechnung der Prozentsätze könne immer nur im Nachgang erfolgen, weil sich Nachpersonalisierungen innerhalb eines Jahres zunächst nicht in den aktuellen Beiträgen niederschlagen. In 2017 habe der Elternbeitrag bei 20,28 % gelegen, in 2018 bei 20,26 %. Die gesetzlichen Vorgaben seien klar festgelegt an der 25%-Grenze. Danach folge eine jährliche Reduzierung von 4 Prozentpunkten für 3 Jahre; folglich 21% für 2019/2020, 17% für 2020/2021, 13% für 2021/2022 und 12,5% ab 2022/2023. Reduziere eine Gemeinde weiter, müsse sie die Senkung selbst finanzieren. Dazu fehle beim SPD-Antrag der entsprechend notwendige Finanzierungsvorschlag in Gänze. Für den Vorsitzenden sei der Antrag nicht nachvollziehbar und laufe in die falsche Richtung, weil der beantragte Beitrag in Heusweiler schon erreicht sei. Sollte der Rat beschließen, dem Antrag zuzustimmen, müsste der Vorsitzende ihm widersprechen, weil ein Finanzierungsvorschlag fehle und auch keine Haushaltsmittel eingestellt seien.

Herr Krebs führt aus, dass Kindertagesstätten in Heusweiler seit Jahren ein Dauerthema in den Ratssitzungen seien. Der vorliegende SPD-Antrag lasse Problemfelder außer Acht, die vorrangig behandelt werden müssten, z.B. die fehlenden Kindertagesstätten und -plätze oder eine Verbesserung des Personalschlüssels für eine hochwertige Betreuung. Die FDP-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen können und sich enthalten.

Herr Krebs merkt an, die beantragten 4% vom Status Quo würden gerade mal 0,8% ausmachen und demnach eine Senkung von 20,26% auf 19,46% bedeuten. Man müsse unterscheiden zwischen Prozenten und Prozentpunkten.

Herr Manfred Schmidt ist der Ansicht, dass es des Antrages der SPD nicht bedurft hätte. Die Gemeindeverwaltung lege dem Schul- und Kulturausschuss und dem Rat jährlich eine Neuberechnung vor, die gemeinsam beschlossen werde. In den letzten Jahren habe es nur wenig Diskussion darum gegeben. Der Antrag lautete ursprünglich, von 25% auf 21% zu senken. Da man in Heusweiler schon bei 20,26% liege, sei die SPD wohl von der Wirklichkeit überrascht worden. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen; ab 01.08.2020 würden die Beiträge sowieso auf 17% gesenkt.

Herr Hill bedankt sich bei der SPD für den Antrag, der der GLN-Fraktion jedoch nicht weit genug gehe. Er kündigt einen Antrag für den Ausschuss für Schule, Kultur, Soziales und demografische Entwicklung an mit der Bitte, ihn dort zu diskutieren. Die GLN werde beantragen, dass die Verwaltung bis April 2020 ein Konzept erarbeite und vorlege, wie und unter welchen konkreten Voraussetzungen die Kinderbetreuungseinrichtungen der Gemeinde mittelfristig beitragsfrei gestaltet werden können. Man wolle gemeinsam diskutieren, wie mit Hilfe des Landes und Bundes und auch mit Hilfe der Haushaltsmittel der Kommune die Beitragsfreiheit erreicht werden könne. Er gibt zu Protokoll, dass der Antrag morgen in der Post sein werde.

Herr Zimmer kritisiert, dass es letztes Jahr keine Vorlage für die Erhöhung der Kindergartenbeiträge gegeben habe; der Vorsitzende sei hier seiner Pflicht nicht nachgekommen. Die SPD rede von 4 Prozentpunkten, das sei auch der Antrag und das habe er im PFA so formuliert. Der Antrag sei von der Verwaltung nicht geändert und nicht aufgenommen worden. Einen Finanzierungsvorschlag brauche man nicht zu machen, da man keine Mittel der Gemeinde ausgabe, sondern die Finanzmittel an die Eltern weiterleite, die das Land für den Kindergartenbereich zur Verfügung stelle, was Sinn und Zweck des Gesetzes gewesen sei.

Der Vorsitzende meint, die gesetzliche Grundlage besage nicht 25%, sondern sie laute *bis zu 25%* bei 100% Personalkosten. Der Vorwurf, dass der geänderte Antrag nicht aufgenommen worden sei, sei schlicht falsch. Dem Rat liege eine Beschlussempfehlung des PFA vor, die nach Protokoll erstellt worden sei. Dort sei die Änderung des Antrages berücksichtigt. Zum Finanzierungsvorschlag verweist der Vorsitzende auf §9 der Geschäftsordnung.

Herr Kiel findet die Haltung der SPD im vorliegenden Fall polemisch. Den Antrag retten zu wollen, in dem man vorschlage, die Beiträge zu erhöhen, um sie anschließend wieder zu senken. Der Antrag enthalte weder einen Finanzierungsvorschlag, noch sei er konkret berechnet worden. Er sei wohl auf einer falschen Grundlage gestellt. Der Antrag wird seitens der CDU-Fraktion zurückgewiesen.

Herr Stefan Schmidt stellt klar, die SPD habe nicht beantragt, die Beiträge zu erhöhen, um sie dann zu senken. Er gibt zu Protokoll, dass dieser Vortrag jeglicher Grundlage entbehre. Die SPD habe im PFA den Antrag entsprechend abgeändert und so sei er auch im Ausschuss beschlossen worden. Weiter habe er als Fraktionssprecher eine geänderte Beschlussvorlage an den Hauptamtsleiter diese Woche per Email gesendet, in der das so kundgetan worden sei. 2017 habe man das letzte Mal über die Kindergartenbeiträge diskutiert. Die SPD habe 2017 zur numerischen Erhöhung der Gemeinde einen Gegenvorschlag gemacht. Die SPD

habe zu jedem einzelnen Beitragspunkt entsprechende Gegenbeiträge beantragt, aber im Rat leider keine Mehrheit gefunden. Der Vorsitzende hätte unter der Prämisse des KSVG-Artikels, um finanziellen Schaden von der Gemeinde zu nehmen, auch im Jahr 2018 einen Vorschlag machen müssen, um eine entsprechende Weitergabe der Tarifierhöhungen an die Sorgeberechtigten vorzunehmen. Fakt sei, dass man in 2018 nicht im Rat darüber diskutiert habe; das sei nachzulesen in den Protokollen. Der Vorsitzende sei dafür verantwortlich, dass der Gemeinde an der Stelle ein finanzieller Schaden entstanden sei. Der Antrag bleibe bestehen, dass die Beiträge um 4 Prozentpunkte vom Status Quo gesenkt werden sollen. Der Antrag gehe mit Landesrecht konform und sei vom Landesgesetzgeber gegenfinanziert.

Herr Zimmer formuliert einen Finanzierungsvorschlag: „Zur Finanzierung sind die Einnahmen, die seitens des Landes zur Verfügung gestellt werden, zu verwenden.“

Herr Manfred Schmidt gibt zu Protokoll, dass man dort, wo die SPD ursprünglich mit den Antrag hin wollte, bereits sei. Der Rat sperre sich nicht dagegen, die Eltern zu entlasten. Aber die SPD müsse dann auch sagen, wo das Geld herkommen soll.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verweist der Vorsitzende schließlich auf die Beschlussempfehlung des Personal- und Finanzausschusses und lässt über diese unter Berücksichtigung des gemachten Finanzierungsvorschlages abstimmen:

**Beschluss mit 10 Ja-Stimmen (10 SPD), 19 Nein-Stimmen (11 CDU, 4 GLN, 2 GBH, 2 AfD) und 2 Enthaltungen (2 FDP):**

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben des „Saarlandpaktes“ sollen die Beiträge der Sorgeberechtigten in der Gemeinde Heusweiler von den jetzt bestehenden Beiträgen ausgehend um 4 Prozentpunkte gesenkt werden.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt über die Mehreinnahmen, die vom Land in Folge des Gute-KiTa-Gesetzes für die Beitragssenkung der Kindergartenbeiträge auf höchstens 21 Prozent überwiesen werden.

Die Beitragsreduzierung ist, wenn nicht rückwirkend zum 01.08. möglich, zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu ermitteln. Zu viel gezahlte Beiträge sind an die Eltern zu erstatten.

Eine zwingend notwendige angepasste Gebührensatzung durch die Gemeinde soll schnellstmöglich beschlossen werden.

**Der Antrag ist somit abgelehnt.**

**zu 4      Mitteilungen und Verschiedenes**

**zu 4.1    LaminatePark**

Herr Karges nimmt Bezug auf die unter TOP 2 gestellten Fragen. Was die

Absatzmenge an den LaminatPark betreffe, bewege man sich in einer Größenordnung von 180.000 – 220.000 m<sup>3</sup> bei einem Wasserpreis von 1,48€/m<sup>3</sup>. Natürlich tue es weh, wenn ein solcher Sonderkunde wegfalle, die GWH gerate dadurch aber nicht in Schieflage. Es bedeute im Ergebnis, dass sich die Gewinnausschüttung an die Gesellschafter im Verhältnis 70:30 zu Gunsten der Gemeinde Heusweiler entsprechend reduziere.

Zum Abwasser müsse man unterscheiden zwischen Schmutzwasserentsorgung und Niederschlagswasserentsorgung. Die versiegelten Flächen bestünden nach wie vor. D.h. der Grundstückseigentümer müsse Niederschlagswassergebühren bezahlen. Die Gebühr liege derzeit bei 0,67 €/m<sup>2</sup>, die Einnahmen gingen zu Gunsten des ZKE.

Bei der Schmutzwassergebühr gebe es einen einheitlichen Verbandsbeitrag vom EVS. Pro m<sup>3</sup> entsorgter Abwassermenge müsse ein Betrag von 3,054 € an den EVS bezahlt werden. Der EVS-Beitrag sei darin enthalten. Wenn man nun einen Sonderkunden verliere, müsse man zunächst für ein Jahr den EVS-Beitrag weiterhin bezahlen. Aber auch hier werde der ZKE nicht in Schieflage geraten.

Herr Karges merkt zur GWH unter Hinweis auf den später folgenden TOP zur Nahwärmelösung an, dass es möglich sei, dort neue Umsatzerlöse zu generieren. Um Verluste zu kompensieren, müsse man versuchen, weitere Standbeine außer der Wasserversorgung hinzu zu gewinnen.

Herr Krebs bezieht sich auf die Schließung des Werkes. Es stelle sich die Frage, was danach mit den Gebäuden und dem Gelände geschehe. Dies auch vor dem Hintergrund eines lange währenden und immer noch nicht behobenen Mangels an Gewerbe- und Industrieflächen in Heusweiler. Für die FDP-Fraktion bittet er, einen qualifizierten Vertreter des Wirtschaftsministeriums in eine der nächsten Sitzungen des Personal- und Finanzausschusses einzuladen. Die FDP sehe das Land wesentlich in der Pflicht, die Weiterentwicklung dieser Fläche zu begleiten.

#### **zu 4.2 Überprüfung Fraktionsbildung**

Herr Stefan Schmidt bezieht sich auf die konstituierende Gemeinderatssitzung, in der er nach der Wahl der Mitglieder für den Personal- und Finanzausschuss die Verwaltung aufgefordert habe, eine rechtliche Prüfung bezüglich der neu gebildeten Fraktionen herbeizuführen, weil die SPD von einem unsicheren Rechtsverständnis ausgegangen war. Er fragt, ob dies erfolgt sei und mit welchem Ergebnis.

Der Vorsitzende antwortet, dass noch keine Antwort auf die gestellte Anfrage vorläge.

#### **zu 4.3 Straßenschaden in der Mühlenstraße**

Herr Krebs weist auf einen tiefen Schaden nahe der Einmündung in die Völklinger Straße hin und bittet die Verwaltung, sich den Schaden noch vor dem Winter anzusehen und auszubessern.

#### **zu 4.4 BürgerInfo**

Herr Hill bezieht sich auf das Bürgerinfo-Portal auf der Gemeinde-Homepage. Ihm sei aufgefallen, dass bei Veröffentlichung der Tagesordnung einer Sitzung der nichtöffentliche Teil nicht dargestellt werde. Er bittet die Verwaltung, dies zu ändern.

Herr Ringe erklärt, im amtlichen Bekanntmachungsblatt seien die Tagesordnungen komplett veröffentlicht, der Bekanntmachungssatzung sei damit Genüge getan. Er will es aber mit dem Softwarehersteller abklären.

#### **zu 4.5 Fraktionsangabe**

Herr Zimmer weist auf eine Veröffentlichung der GBH in der Presse hin, die eine falsche Rechtsnorm aufweise. Er bittet Herrn Lafontaine, es künftig zu unterlassen, sich mit der Fraktion der Grünen im Gemeinderat zu betiteln. Es gebe keine Grünen-Fraktion im Gemeinderat Heusweiler, sondern die GBH. So könne man in der Öffentlichkeit nicht auftreten, das sei Wählertäuschung. Herr Lafontaine erwidert, dass angegeben sei: ‚Grüne Bürger Heusweiler, bestehend aus Hans-Gerd Lafontaine Bündnis 90 Die Grünen, Harry Ruloff Bürger für Bürger‘, was korrekt sei.

Der Vorsitzende schließt um 20:17 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und fährt nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit mit der Tagesordnung fort.